

# akzente.

AKTUELLE INFORMATIONEN ÜBER EVANGELISCHE POLITIK 01/2010

## ZUR UNÜBERSICHTLICHKEIT DER SCHWEIZER POLITIK

Mit der Minarettinitiative zeigt sich das zunehmende Auseinanderklaffen von politischer Elite und landläufiger Meinung, welches erfolgreich bewirtschaftet wird. Die EVP will mit einer klugen Initiative zur Religionsfreiheit dagegenhalten.

NIKLAUS HARI

Seit 2004 sind gleich drei Volksinitiativen angenommen worden, denen aufgrund rationaler Argumente nur kleine Chancen eingeräumt worden sind, die aber offensichtlich einen verbreiteten Unmut anzusprechen wussten: die Verwahrungs-, die Unverjährbarkeits- und die Minarettinitiative. Mit dem überraschenden Ja am 29. November 2009 ist die Schweizer Politik definitiv unübersichtlich geworden.

### Blind dreinschlagen bringt nichts

Eine bessere Vorprüfung von Initiativen, wie sie nun gefordert wird, ist nur die eine Seite. Ebenso stark ist in einer massiv komplizier-

ter gewordenen Welt der Wunsch nach einfachen Lösungen. Dabei wird die Konfrontation der Kooperation vorgezogen. Hatten zweitens Argumente und Haltung des Bundesrates früher eine gewisse Strahlkraft, sind sie in einer pluralisierten Gesellschaft nur eine Stimme unter vielen. Dass sich die Leute eigene Gedanken erlauben, ist positiv. Wenn der Verlust an Gemeinsinn jedoch nur bedeutet, dass sich jeder selbst der Nächste ist und die Solidarität rapide schwindet, ist das negativ. Insofern verheisst das Auseinanderklaffen von parlamentarischen Abstimmungsempfehlungen und landläufiger Meinung nichts Gutes.

Mit der Ausschaffungsinitiative steht die nächste Herausforderung bereit. Sie ist Beispiel einer Politik ohne Augenmass. Mit 200 000 Un-

terschriften eingereicht, hat sie gute Chancen, angenommen zu werden. Ein guter Gegenvorschlag muss verhindern, dass Kriminelle ihr Aufenthaltsrecht in der Schweiz missbrauchen können. Zweitens muss die Initiative noch dieses Jahr an die Urne kommen. Sonst wird mit ihr im Wahljahr 2011 die weitere Spaltung der Schweiz betrieben. Man kann zur SVP und ihren Ideen stehen, wie man will. Aber dass die angestrebten 40 Prozent Wähleranteile der Schweiz schlecht bekommen werden, egal in welcher politischen Ecke sie zustande kommen, ist offensichtlich.

### Religionsfreiheit stärken

Zurück zur Minarettinitiative. Das Ja zum Minarettverbot ist zu respektieren. Es bedeutet keine Einschränkung des Glaubenslebens von Menschen muslimischer Abstammung in der Schweiz. Das Minarettverbot macht das Zusammenleben der Religionen aber nicht einfacher. Damit hat eine Idee an Aktualität gewonnen, welche die EVP schon länger bewegt: ein neuer Religionsartikel in der Bundesverfassung, welcher die Religionsfreiheit stärkt. Er muss die freie Wahl, die freie Ausübung, die freie Äusserung und den freien Wechsel der Religion garantieren. Ohne diese Grundlage sehen wir kein Miteinander der verschiedenen Glaubensgemeinschaften in der Schweiz.



NIKLAUS HARI

Ein neuer Religionsartikel soll die christliche Basis der Schweiz festhalten und die vier religiösen Freiheiten gewährleisten.

## KOMMENTAR

### Willfähige Behörden

*Halten wir fest: die UBS hat in den USA illegal geschäftet. Die US-Justiz erhöht den Druck kontinuierlich und macht deutlich: die UBS muss Kundendaten liefern. Andernfalls hat sie in den USA ein Strafverfahren am Hals und droht jedes Vertrauen zu verlieren, das ihr – von der Finanzkrise in ihren Grundfesten erschüttert – noch geblieben ist.*

*Doch die UBS mag ihre schlecht beratenen Kunden nicht selber verraten. Lieber bestellt sie bei den Schweizer Behörden eine massgeschneiderte Verfügung. So kann sie sich bequem hinter der Weisung aus Bern verstecken. Die Finanzmarktaufsicht nimmt den «Schwarzen Peter» bereitwillig auf sich. Damit gerät nicht nur die UBS an den Pranger, sondern auch die Rechtssicherheit wird in Frage gestellt.*

*Jetzt hat das Bundesverwaltungsgericht festgestellt, dass die Herausgabe der Kundendaten in der Nacht- und Nebelaktion widerrechtlich war. Was soll's, denken sich manche. Was gut ist für die UBS, ist auch gut für die Schweiz. Wirklich?*

*«Too big to fail», hat das Casino von Ospel, Kurer & Konsorten ein ganzes Land in Geiselschaft genommen. Das darf sich nicht wiederholen. Ich will deshalb Steuern auf als Hebel eingesetztem Fremdkapital, dickere Eigenkapitaldecken und Testamente für kollabierende Banken. Und eine PUK, welche die Willfähigkeit von Bundesrat und Finanzmarktaufsicht aufdeckt.*

Niklaus Hari, Kommunikation

## Der Tatbeweis hat sich bewährt

Am letzten Tag des vergangenen Jahres, am 31. Dezember 2009, meldete sich die Tagesschau des Schweizer Fernsehens bei mir. Sie entschied sich dafür, mich für die letzte Abendausgabe des Jahres 2009 zu interviewen. Aufmerksamkeit erregte, dass sich im zu Ende gegangenen Jahr rund 7'000 junge Männer dafür entschlossen, anstelle des Militärdienstes den Zivildienst zu wählen. Im Vorjahr waren es rund 2'500. Hauptgrund für diese hohe Zahl war die Abschaffung der Gewissensprüfung für die Zulassung zum Zivildienst. Wie in der Tagesschau zutreffenderweise vermittelt wurde, wurde das Zivildienstgesetz als Folge meiner Motion entsprechend geändert. Ich bin dankbar, dass mein politischer Einsatz zu einer sinnvollen Regelung führte. So gesehen, bin ich mit dem Erfolg durchaus zufrieden.

Doch das deutliche Ansteigen der Zahl der Zivildienstleistenden kam bei vielen bürgerlichen Politikern nicht an. Es wurden umgehend Vorstösse eingereicht, um punktuelle bis grundsätzliche Änderungen des Zivildienstgesetzes an die Hand zu nehmen, bevor die Zahlen analysiert werden konnten. Bei ruhigem Überlegen wird sich bestätigen, dass die Einführung des Tatbeweises richtig war. Es ist immerhin zu bedenken, dass der Zivildienst anderthalb mal so lange wie die verweigerten militärischen Dienste dauert. Viele junge Männer sehen in der zivilen Dienstleistung einen sinnvollen Dienst an der Gemeinschaft. Wer einen Dienst leistet – in der Armee oder im zivilen Bereich – leistet diesen an der Gesellschaft.



Heiner Studer,  
Präsident der EVP Schweiz

**«Lieber Kollege Bortoluzzi, soviel ich weiss war der heilige Martin ein Soldat; er hat seinen Mantel wahrscheinlich vom Staat gehabt.»**

Walter Donzé (EVP, Frutigen) sorgt im Nationalrat für Heiterkeit. Vorgängig beklagte sich Toni Bortoluzzi (SVP), der heilige Martin habe wenigstens seinen eigenen Mantel verteilt und nicht die Mittel des Staates.

**«Meine Ratskollegen wollten mir ein Picknick bringen, aber das ist nicht nötig – ich bin in den Beizen willkommen. Der Passivrauchschutz kommt überwiegend gut an.»**

Der Berner EVP-Grossrat Ruedi Löffel in 20 Minuten leicht amüsiert zu einem anonymen Boykottaufruf, der unter Berner Wirten kursiert.

**«Das ist der Versuch, aus einem Beutel Studentenfutter noch etwas Saft herauszupressen.»**

Kurt Leuch (EVP, Oberengstringen) am 15. Dezember im Zürcher Kantonsrat zum Ansinnen der Ratsrechte, die Studiengebühren zu erhöhen.

## PAROLEN DER EVP

beschlossen von der Delegiertenversammlung der EVP Schweiz vom 21. November 2009 in Riehen:

<b>Tierschutzanwalt-Initiative</b>	<b>JA</b>
<b>Verfassungsartikel über die Forschung am Menschen</b>	<b>JA</b>
<b>Berufliche Vorsorge: Anpassung des Mindestumwandlungssatzes</b>	<b>JA</b>

## AUS DEM INHALT

<b>Tierschutzanwalt: Für einen korrekten Vollzug des Tierschutzgesetzes</b>	<b>4</b>
<b>Kampf um die 2. Säule: Warum die Pensionskassen unter Druck geraten</b>	<b>5</b>
<b>Aus den Kantonen: Gemeindewahlen in den Kantonen Bern und Aargau</b>	<b>7</b>

# NEUE PERSPEKTIVEN FÜR DIE SOZIALE SICHERHEIT

Schwindende Solidarität und demografische Herausforderungen stellen den Sozialstaat in Frage. Am Fokustag «Sozialstaat Schweiz wohin?» hat die EVP Schweiz Lösungen mit, neben und nach dem Staat erörtert.



Angeregte Diskussion in den nachmittäglichen Fokusgruppen.

VON NIKLAUS HARI,  
LEITER KOMMUNIKATION EVP

Ende Januar hat sich die EVP Schweiz am Fokustag in Bern die Frage «Sozialstaat Schweiz wohin?» gestellt. Zum Auftakt betonte Yves Rossier, Direktor des Bundesamtes für Sozialversicherungen, den Solidaritätsgedanken, welcher allen Sozialversicherungen zugrunde liege. In der IV ermögliche der Grundsatz «Eingliederung vor Rente» individuelle Lösungen, welche den Betroffenen besser gerecht würden als eine IV-Rente, die nur als Transferzahlung verstanden werde. Die Eingliederung bedürfe aber der Anstrengung aller und genüge nicht zur finanziellen Sanierung der IV:

## Webtipp

Die Referate sind in Text und Ton verfügbar unter [www.evppcv.ch](http://www.evppcv.ch)  
> News > Fokustag Sozialstaat.

das Parlament müsse sich Ende Jahr zwischen Sparmassnahmen oder zusätzlichem Geld entscheiden. Auch bei der AHV seien finanzielle Probleme absehbar. Eine Studie habe allerdings ergeben, dass die Mehrheit der Pensionierten gut situiert sei.

## Feudalisierung der Schweiz?

Der Basler Soziologieprofessor Ueli Mäder warnte vor Zahlen, die täuschen können: wenn der Bund auf vergleichsweise wenig Working Poor komme, hänge das damit zusammen, dass er die Kinder in den betroffenen Haushalten nicht mitzähle. Auf der anderen Seite würden die Ausgaben der Sozialversicherungen gemessen am Bruttosozialprodukt sinken, nicht steigen, wie man aufgrund des öffentlichen Diskurses glauben könnte. Die Generationensolidarität sei zwar nicht mehr so robust wie auch schon. Doch nichts gefährde den gesellschaftlichen Zusammenhalt so sehr,

wie die enorme Konzentration der Privatvermögen auf einige wenige.

## Diakonie als Korrektiv zur Ökonomie

Pfarrer Paul Kleiner ging auf das Spannungsfeld zwischen Diakonie und Ökonomie ein. Er verwahrte sich gegen die Totalisierung der Ökonomie, gegen eine rein marktgesteuerte Kostenorientierung im Sozialwesen. Die heute allgegenwärtige Marktgläubigkeit sei problematisch. Denn der Markt vermöge nicht alle Bedürfnisse des Menschen zu befriedigen. Statt die Kosten der Nächstenliebe ändern in Rechnung zu stellen, sollen wir diese vielmehr selber tragen und uns bewusst entscheiden: das wollen wir uns leisten! Diakonie verweise das ökonomische Denken in seine Schranken, schaffe und nutze ökonomische Freiräume und kenne vor allem die unerschöpfliche Ressource jenseits von Knappheit und Effizienz.

## Neue Jobs braucht das Land!

Die Sozialversicherungsfachfrau Barbara Günthard-Maier plädierte für eine Neukonzeption der Anreizsysteme im Sozialstaat. Statt bloss für Mehreinnahmen oder Minder Ausgaben zu sorgen, müsse man die Fehlanreize beseitigen.

Abschliessend redete Robert Roth, Geschäftsführer der Basler Job Factory sowie der Stiftung Weizenkorn, einem sozialen Unternehmertum das Wort. Heute würden in der Schweiz rund 400 000 Stellen fehlen. Da brauche es Fantasie und den guten Willen aller, um mit neuen Unternehmen Arbeitsplätze im ersten Arbeitsmarkt zu schaffen. Denn es gebe nichts Schlimmeres, als einem Jugendlichen zu signalisieren, dass er ein Problem sei und er von der Gesellschaft nicht gebraucht werde.

## STREIFLICHT

### Soziale Sicherheit im Umbruch

Zu den Sozialversicherungen zählen AHV und IV mitsamt den Ergänzungsleistungen (EL), Arbeitslosenversicherung (ALV), Unfallversicherung, Krankenversicherung, Militärversicherung, Erwerbsersatzordnung (EO), berufliche Vorsorge (BV), die Familienzulagen und die Mutterschaftsversicherung. Viele dieser Einrichtungen sind im Umbruch. Einige Projekte:

**AHV:** Weil die Lebenserwartung steigt, wachsen die Ausgaben der AHV jedes Jahr um ein bis zwei Prozent, während die Einnahmen je nach Wirtschaftslage auf und ab gehen. Früher oder später braucht die AHV mehr Geld: Yves Rossier, Direktor des BSV, geht von 6 bis 9 Milliarden Franken aus. Aktuell debattiert das Parlament die 11. AHV-Revision: sie soll Rentenalter 65 für die Frau und im Gegenzug die Frührenten auch für tiefe Einkommen bringen. Grössere Korrekturen sind mit der 12. AHV-Revision in Planung.

**IV:** Die 4. und die 5. IV-Revision haben das jährliche Defizit der IV stabilisiert. Mit dem Ja zur befristeten Erhöhung der Mehrwertsteuer (Zusatzfinanzierung) ist das Defizit während sieben Jahren gedeckt. Bis dann soll die 6. IV-Revision realisiert sein und Einsparungen von 1 Milliarde pro Jahr bringen, indem alle laufenden Renten überprüft werden. Insbesondere psychisch Kranke fürchten um ihre Rente.

**ALV:** Die Arbeitslosenversicherung steht bald mit 10 Milliarden in der Kreide. Geht es nach dem Willen des Nationalrates werden einerseits die Einnahmen erhöht (Anstieg der Lohnabzüge von 2 auf 2.2%), andererseits Leistungen gestrichen: wer länger als ein Jahr arbeitslos ist, dem wird das Taggeld degressiv gekürzt; wer unter 25 ist, erhält bloss ein halbes Jahr lang Beiträge, unter 30-jährige maximal während einem Jahr.



## Das Gute sehen

*Gott hat unsere Welt sehr vielfältig erschaffen. Wir freuen uns an einer bunten Blumenwiese und auch sonst gefällt uns Verschiedenartigkeit. Wenn es aber um Menschen geht, welche in unserem Land leben oder leben wollen, sind wir uns da manchmal nicht mehr so ganz sicher.*

*In den vergangenen 20 Jahren wurde in der Schweiz mit den negativen Folgen der Migration mächtig politisch Stimmung gemacht. Solche Probleme gibt es und wir müssen sie nüchtern und bestimmt anpacken. Dabei vergessen wir aber, dass die Migration weltweit eine Erfolgsgeschichte ist und insgesamt deutlich mehr Vor- als Nachteile hat. Auch für die Schweiz.*

*Wir müssen wieder vermehrt lernen, das Gute zu sehen. Ein grosser Teil unseres heutigen Wohlstandes wurde von Ausländern miterarbeitet. Baubranche, Gastronomie, Gesundheitswesen und vieles mehr würde ohne ausländische Arbeitskräfte von einem Tag zum andern zusammenbrechen. Übrigens: Wer wird dich und mich einmal im Altersheim betreuen?*

*Es ist ein Gebot der christlichen Nächstenliebe, aber auch im eigenen Interesse, dass wir uns in der Schweiz um eine bestmögliche Integration der Ausländer bemühen. Ich will mich von negativen Meldungen über «Schweizer mit Migrationshintergrund» nicht beirren lassen. Die unzähligen positiven Geschichten und Beispiele sind nämlich die grosse Mehrheit, doch leider nie in den Medien. Auch in der Ausländerfrage fokussiere ich mich auf die positiven Aspekte.*

*Urs Winkler, Geschäftsführer World Vision Schweiz*

# KORREKTER TIERSCHUTZ

**Ein kantonaler Tierschutzanwalt ist ein kostengünstiges und effizientes Mittel für einen korrekten Vollzug der geltenden Tierschutzgesetze. Seine Einführung ist im Volk unbestritten und wird von der EVP unterstützt.**

RUEDI AESCHBACHER,  
NATIONALRAT

Die Volksinitiative «Gegen Tierquälerei und für einen besseren Rechtsschutz der Tiere» des Schweizer Tierschutzes STS will die Bundesverfassung in zwei Punkten ändern. Zum einen soll der Bund den Rechtsschutz von Tieren als empfindungsfähige Lebewesen regeln müssen. Zum andern, und das ist der Kern der Initiative, müssen die Kantone dafür sorgen, dass die Interessen der geschädigten Tiere in Strafverfahren von Amtes wegen durch einen Tierschutzanwalt oder eine Tierschutzanwältin vertreten werden. Das heisst: Wird ein Strafverfahren wegen einem Verstoß gegen das Tierschutzgesetz eröffnet, erhalten die betroffenen Tiere einen Rechtsbeistand, der ihre Sache vor Gericht vertritt. Vergleichbar mit dem Verbandsbeschwerderecht, mit dem Verstösse gegen die Umweltge-

setze erkannt und geahndet werden können, sorgt ein Tierschutzanwalt oder eine Tierschutzanwältin für den korrekten Vollzug der Tierschutzbestimmungen. In vielen Kantonen werden diese heute ungenügend oder gar nicht durchgesetzt.

Eine Gesellschaft muss sich an ihrem Umgang mit Schwächeren messen lassen. Dazu gehören nicht

nur benachteiligte Menschen, sondern auch die Tiere, die sich nicht selber wehren können. Zwar hat die Schweiz ein gutes und fortschrittliches Tierschutzgesetz, aber beim Vollzug hapert es. Zweimal hat das Parlament die Einführung von Tierschutzanwälten auf Gesetzesebene bereits verpasst, weshalb nur noch die Möglichkeit der Volksinitiative besteht. Sie erhält bei Umfragen Zustimmungswerte von über siebzig Prozent, ihre Notwendigkeit ist bei den Stimmberechtigten kaum bestritten. Auch die Erfahrungen in jenen Kantonen, die bereits Tierschutzanwälte kennen, sind positiv.

Wer findet, Tiere würden in der Schweiz zu stark geschützt, soll das Gesetz ändern, nicht seinen Vollzug behindern. Die Tierschutzanwaltsinitiative hat keine Verschärfung des Tierschutzgesetzes zur Folge, sondern unterstützt lediglich dessen korrekten Vollzug. Sie wird von der EVP Schweiz mit 71 zu 26 Stimmen zur Annahme empfohlen.



**Nationalrat Ruedi Aeschbacher (EVP, ZH) an der DV in Riehen.**

## HUMANFORSCHUNG

# FORSCHUNG AM MENSCHEN REGELN

**Mit dem neuen Verfassungsartikel erhält der Bund die Kompetenz, die Forschung am Menschen zu regeln. Die EVP empfiehlt die Vorlage zur Annahme.**

HEINER STUDER,  
PRÄSIDENT DER EVP SCHWEIZ

Mit dem vorgeschlagenen Verfassungsartikel erhält der Bund die Zuständigkeit, die Forschung am Menschen zu regeln. Heute ist diese Gesetzgebung lückenhaft, uneinheitlich und unübersichtlich. Neu soll der Bund Vorschriften über die For-

schung am Menschen erlassen, soweit es der Schutz der Würde und der Persönlichkeit erfordern. Dabei muss er die Forschungsfreiheit wahren und der Bedeutung der Forschung für Gesundheit und Gesellschaft Rechnung tragen.

Auch wenn die EVP während der Beratungen im Parlament leider vergeblich versucht hat, den Verfassungsartikel noch etwas einzu-

schränken und beispielsweise eine Kommerzialisierung der Forschung zu verhindern, bietet der Text eine gute Grundlage, um ein Humanforschungsgesetz zu erlassen. In diesem wird das Parlament die strittigen Fragen klären müssen.

Wichtig ist für die EVP, dass es sich nicht um eine blosser Kompetenznorm handelt, sondern der Text auch Schutzbestimmungen enthält. Beispielsweise müssen Patienten aufgeklärt werden und ihre Einwilligung erteilen, bevor an ihnen geforscht werden darf. Oder eine unabhängige Überprüfung muss ergeben haben, dass der Schutz der teilnehmenden Personen gewährleistet ist. Die EVP-Delegierten empfehlen den Verfassungsartikel deshalb mit 79 zu 1 Stimmen zur Annahme.

# SICHERN DER 2. SÄULE

Mit der Änderung des Pensionskassengesetzes (BVG) soll der Umwandlungssatz schrittweise von heute 6.8% auf 6,4% gesenkt werden. Die EVP unterstützt das Ansinnen.

WALTER DONZÉ, NATIONALRAT

Mit der BVG-Revision soll der Umwandlungssatz bis 2016 von heute 6.8% schrittweise auf 6.4% abgesenkt werden. Die neuen Sätze gelten nur für die neuen Renten, die

laufenden Renten werden nicht angetastet. Weil die Gewerkschaften mit über 200 000 Unterschriften erfolgreich das Referendum ergriffen haben, stimmen wir am 7. März über die Änderung ab.

Der Umwandlungssatz legt fest, welcher Anteil des einbezahlten Pensionskassen-Guthabens jährlich als Rente ausbezahlt wird. Eine Senkung des Satzes ist aus zwei Gründen nötig: Erstens steigt die Lebenserwartung und das Altersguthaben muss länger für die Rente reichen. Ohne Satzanpassung wären die Pensionskassen gezwungen, die laufenden Renten mit Beiträgen der aktiven Versicherten mitzufinanzieren. Zweitens können bei einer genügend sicheren Anlage der Gelder weniger hohe Renditen erwartet werden.

Bei den autonomen Sammelstiftungen kann von einem Rentenklau keine Rede sein, denn die Gesell-

schaften zahlen in guten Jahren Überschüsse auf die persönlichen Konti oder als Schwankungsreserven ins Stiftungsvermögen ein. Etwas schwieriger zu beurteilen ist die Situation bei den ebenfalls im Pensionskassengeschäft tätigen Lebensversicherern: Anlageerträge über dem Mindestzins werden von diesen nur sehr zurückhaltend an die angeschlossenen Vorsorgewerke weitergegeben. Entsprechend kann der Verdacht nicht ganz von der Hand gewiesen werden, eine Senkung des Umwandlungssatzes erhöhe zunächst bloss den Gewinn dieser Versicherungsgesellschaften.

Dennoch ist die Mehrheit der EVP-Delegierten der Ansicht, dass die Senkung des Mindest-Umwandlungssatzes wegen der höheren Lebenserwartung unvermeidbar ist: sie haben mit 53 zu 41 Stimmen bei 6 Enthaltungen ein Ja beschlossen.

## KOMMENTAR

### Ein ungutes Gefühl

*Ist Ihnen auch aufgefallen, dass Economiesuisse die Kampagne zur BVG-Revision bereits im November 2009 eröffnet hat? Seither hängen überall Plakate mit einem Schoko-Cake, der bis 100 reichen muss. 8 Millionen Franken soll das Kampagnenbudget betragen: der enorme Einsatz des Wirtschaftsdachverbandes macht misstrauisch.*

*Die Pensionskassen verrechnen ihren Versicherten im Schnitt ungleich höhere Verwaltungskosten als etwa die AHV. Neben den exorbitanten Beratungs- und Verwaltungskosten haben sich viele Kassen mit riskanten Anlagen an der Börse verspekuliert.*

*Die EVP will rechtschaffene Pensionskassen nicht gefährden und anerkennt, dass die gestiegene Lebenserwartung eine Anpassung des Umwandlungssatzes nötig macht. Doch damit ist es nicht getan. Wir sorgen nicht für günstige Rahmenbedingungen, damit die Lebensversicherer ihre Gewinne weiter in die Höhe treiben können. Das Einstreichen von Kickbacks und Provisionen muss ein Ende nehmen. Diese Gelder gehören den Versicherten. Und die Lebensversicherer haben bei den von ihnen verwalteten Geldern endlich für Transparenz zu sorgen.*

Niklaus Hari, Kommunikation



Der Kuchen und unsere Pensionskasse müssen länger ausreichen.

### Umwandlungssatz, technischer Zinssatz und Mindestzins

Der Umwandlungssatz bestimmt, welcher Prozentsatz des Altersguthabens jährlich als Rente ausbezahlt wird. Er muss zwei Faktoren massgeblich berücksichtigen: die Lebenserwartung und die Rendite, welche nach Erreichen des Pensionsalters auf dem Altersguthaben erzielt wird (technischer Zinssatz). Weil diese Parameter nicht nur auf Wahrscheinlichkeiten (Sterblichkeitsraten), sondern auch auf Prognosen (Renditeerwartungen) basieren, kann es zu unterschiedlichen Einschätzungen über den «richtigen», sprich angemessenen Umwandlungssatz kommen.

Der technische Zinssatz ist jene Rendite, welche die Pensionskasse auf dem Alterskapital mindestens erwirtschaften muss, um die lebenslänglich garantierte Rente finanzieren zu können. Er wird indirekt durch den Umwandlungssatz festgelegt und ist nicht zu verwechseln mit dem Mindestzinssatz, mit dem die Pensionskassenbeiträge während dem Erwerbsleben verzinst werden müssen. Dieser wird alle zwei Jahre der Entwicklung auf den Finanzmärkten angepasst.

## VORSTOESSE

### Bundesstelle für Jugendschutz

Nationalrat Walter Donzé (EVP, BE) will den Bundesrat wegen der umstrittenen Rammstein-CD «Die Liebe ist für alle da» zur Schaffung einer Bundesstelle für Jugendschutz bewegen. Sie müsste Kinder und Jugendliche vor jugendgefährdenden Inhalten in Musik, Games, Videos und Internet schützen können..

### Stop Abfallhandel

Mit einer weiteren Interpellation stellt Donzé den Import von 400 000 Tonnen deutschen Abfalls in Schweizer Kehrichtverbrennungsanlagen in Frage. Der Bundesrat soll ferner darlegen, wie er den heute tiefen Anteil an recyceltem Kunststoff zu erhöhen gedenke.

### Swisscom trennen

Um im Telekom-Markt für Wettbewerb zu sorgen, schlägt Nationalrat Ruedi Aeschbacher (EVP, ZH) in Anlehnung an das Vorgehen der EU-Kommission eine Trennung zwischen dem Netzbetrieb und den Dienstleistungen der Swisscom vor.

### Probleme mit Navis

Nebst der gesetzlich genau geregelten Strassensignalisation gewinnt die virtuelle Wegweisung durch Navigationssysteme privater Anbieter mehr und mehr an Bedeutung. Ruedi Aeschbacher will wissen, wie der Bundesrat die entstehenden Probleme bezüglich Verkehrslenkung, Verkehrssicherheit, Luftreinhaltung und Lärmschutz angehen will.

### Keine Ruhewagen?

Schliesslich wehrt sich Ruedi Aeschbacher gegen die Abschaffung der Ruhewagen in der 2. Klasse. Es sei ein bedenkliches Zeichen von Schwäche und Mutlosigkeit, eine geschätzte Einrichtung aufzugeben, nur weil deren Betrieb ein gewisses Engagement verlangt.

## ZIELE DER GL

### Jahresziele 2010

Die GL der EVP Schweiz hat sich folgende Jahresziele gesetzt:

#### 1. Positionierung als Nischenpartei durch Konzentration auf Kernthemen

Kernkompetenzen definieren, EVP-Themen personalisieren, Medienarbeit auf Kernthemen konzentrieren

#### 2. Definition Wahlkonzept '11

Strategiepapier und Strategietag, Wahlkampfthemen und Wahlplattform erbereiten, Volksinitiative erarbeiten

#### 3. Professioneller Auftritt / bessere externe Wahrnehmung

Medienkontakte verbessern, Medientreffen schaffen, Pressespiegel aufbauen

#### 4. Effektive Nutzung der neuen Adressverwaltung

Informationsgewinn nutzen, breite Nutzung des Webportals durch Ortsparteien

#### 5. Restfinanzierung der Sonderausgaben 2009 und Äufnen des Wahlfonds

Deckung des Projektdefizits über Spendenaufrufe, Sparen durch Aufgabenüberprüfung

#### 6. 5000 Mitglieder bis Ende '10

Beitrittsprämien neu organisieren, Adressarium ausbauen

#### 7. Sektionsgründungen und Revitalisierung schwacher Kantonalparteien

Impulse für Neugründungen geben, Revitalisierung bestehender Sektionen

#### 8. Nachwuchsförderung

Leitfaden zur Personalentwicklung, Kompetenzförderung der Parteikader durch Schulungen, Mentoringkonzept

#### 9. Gezielte Nutzung der Mitgliederkompetenzen

Kompetenzpools etablieren, Erfahrene Alt-Politiker/innen als Fachreferenten gewinnen, KMU-Netzwerk verstärken

## AUS DEM BUNDESHAUS

# KNAPPE FINANZEN

**Der Bund wird in den nächsten Jahren rote Zahlen schreiben. Jetzt rächen sich die Steuergeschenke der letzten Jahre, von welchen vor allem die Reichen profitiert haben.**

(nh). Die Schweiz wird dieses Jahr von **drei Frauen regiert**. In der Wintersession werden Erika Forster zur Ständeratspräsidentin, Pascale Bruderer zur Nationalratspräsidentin und Doris Leuthard zur Bundespräsidentin gewählt.

Das Parlament stimmt dem **Grundsatz «Ein Kind – eine Zulage»** zu: neu erhalten auch Selbständigerwerbende eine Familienzulage. Die EVP freuts.

Einigermassen überraschend ist es gelungen, den Fördertopf via «kostendeckende Einspeisevergütung» für **Solarstromprojekte** zu erhöhen.

Das Parlament hat einen indirekten Gegenvorschlag zur **Volksinitiative «Lebendiges Wasser»** beschlossen und darin die berechtigten Nutzungs-, aber auch die Schutzinteressen angemessen berücksichtigt.

Eng wird es bei den **Finanzen**. Das Budget 2010 sieht ein Minus von 2 Milliarden Franken vor, 2011 dürfte es noch dicker kommen. Die öffentliche Hand wird sparen müssen – nicht nur beim Bund. So erhalten wir die Quittung für diverse Steuergeschenke der letzten Jahre, von denen vor allem die Reichen profitiert haben.

Defizite schreiben auch **AHV und Arbeitslosenversicherung**. Bei beiden Sozialwerken hat der Nationalrat einerseits gekürzten Leistungen und längeren Wartezeiten zugestimmt, andererseits die Einnahmen erhöht. Die EVP hat diese mittlere Linie mit Überzeugung vertreten. Sie muss nun vom Ständerat bestätigt werden.

Unverständnis ernten Teile der CVP bei den EVP-Nationalräten. Zusammen mit SVP und FDP bodigten sie am letzten Sessionstag die Umsetzung der **Alpenkonvention** mit 97 zu 94 Stimmen. Diese ist seit 2001 (!) blockiert, von der Schweiz unterzeichnet und zielt auf eine nachhaltige Entwicklung und den Schutz des Alpenraums.

## Schutz für Verfolgte

EVP-Nationalrat Walter Donzé (Frutigen BE) begleitet eine Delegation von Christian Solidarity International (CSI) zu Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf. Sie nimmt eine Petition entgegen und bestätigt, dass religiöse Verfolgung ein wichtiger Asylgrund sei.

## TERMINE

- 7. März 2010 Volksabstimmung
- 10. März 2010 EVP Schweiz, Olten: Kantonalparteienkonferenz
- 19. März 2010 EVP Schweiz, Môtier: Zentralvorstand
- 20. März 2010 EVP Schweiz, Môtier: 91. ordentliche Delegiertenversammlung
- 24. April 2010 EVP Schweiz, Olten: KMU-Forum
- 1. Mai 2010 EVP Schweiz: Kadertag Romandie
- 8. Mai 2010 EVP Schweiz: Kadertag Deutschschweiz
- 13. Juni 2010 Volksabstimmung

## KURZ & BUENDIG

### Mitglieder werben

Mit 14 angeworbenen Neumitgliedern hat Hans-Ruedi Minder, Präsident der EVP Kanton Schwyz den Mitgliederwerbewettbewerb der EVP Schweiz für sich entschieden. Bravo!

### Initiative: Abtreibungen selber bezahlen

Abtreibungen sollen künftig selbst bezahlt werden müssen. Valérie Kasteler, Co-Präsidentin der EVP Genf, ist im Co-Präsidium des Initiativkomitees, die EVP entscheidet bald über eine offizielle Unterstützung.

### Gemeinsames Sorgerecht als Ausnahme

Die EVP lehnt in der Vernehmlassung als einzige Partei den Grundsatz gemeinsamer elterlicher Sorge von geschiedenen Paaren ab. Sie befürchtet, dass damit mehr Probleme geschaffen als gelöst werden.

### EVP Luzern inaktiv

Die EVP Kanton Luzern ist inaktiv, bis ein neuer Vorstand zusammengestellt worden ist. Als Kontaktperson fungiert Martin Schelker aus Emmenbrücke.

## IMPRESSUM

akzente: Publikationsorgan der **Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP) 17. Jahrgang, Nummer 1, Januar 2010**  
Erscheint vierteljährlich und wird allen Mitgliedern der EVP zugestellt. Das Abonnement läuft ein Jahr und wird automatisch erneuert, wenn es nicht zwei Monate vor Ablauf gekündigt wird. CHF 15.– / Jahr.

**Herausgeber:**  
EVP Schweiz, Postfach 294, 3000 Bern 7, Tel. 031 351 71 71, Fax 031 351 71 02, info@evppev.ch, www.evppev.ch. Redaktion: Niklaus Hari; Adressen und Aboverwaltung: Werner Rieder.

**An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:**  
Ruedi Aeschbacher, Joel Blunier, Walter Donzé, Niklaus Hari, Heiner Studer, Urs Winkler, Jürg Zartmann.

**Druck und Vertrieb:**  
Jordi AG, Belp, www.jordibelp.ch

**Copyright:**  
Wiedergabe mit Genehmigung der EVP gestattet.



## Von Bidder ist höchste Baslerin

Annemarie von Bidder präsidiert im 2010 den Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt und ist damit höchste Baslerin.

## Neu in der Legislative

**Kanton Zürich:** In der Zürcher Kantonsratsfraktion folgt Ruth Kleiber auf Hans Fahrni, der sich nach 14 Jahren beruflich und privat neuen Herausforderungen stellen will.

**Münchenbuchsee BE:** Die 21-jährige Delaja Messerli rückt für den langjährigen Fraktionspräsidenten Toni Mollet in den Grossen Gemeinderat nach.

**Worb BE:** die EVP/\*jev- wird zur \*jev/EVP-Fraktion: mit dem Wechsel von Fritz Kipfer zu Mayk Cetin sind drei der fünf GGR-Mitglieder der EVP unter 30.

## Neue Präsidien

**EVP Spiez BE:** Markus Wenger ist neuer Präsident und tauscht als bisheriger Vizepräsident mit seinem Vorgänger Godi Bärtschi die Rollen. Neu im Vorstand ist Thomas Hostettler.

**EVP Wattenwil BE:** Therese Schär löst den weggezogenen Richard Hänni im Präsidium der EVP Wattenwil ab. Hänni bleibt Sekretär der jungen Ortspartei.

**EVP Uster ZH:** Der 35-jährige Notar-Stellvertreter Philipp Widmer löst den ehemaligen Gemeinderat und Fraktionspräsidenten Christian Hardmeier im Ortsparteipräsidium ab.

## EVP in Thunstetten

Nach der Wahl von Christine Grogg in die Exekutive ist nun die EVP Thunstetten-Bützberg gegründet worden. Erster Präsident ist Paul-Martin Vogt.

# EVP-HOCHBURG GROSSHÖCHSTETTEN

**Der Berner Wahlherbst schliesst mit einem Glanzlicht. In Grosshöchstetten wird die EVP mit 28% stärkste Partei.**

(nh). In **Grosshöchstetten** wird die EVP mit sensationellen 28% der Stimmen zur stärksten Partei und es resultiert ein zweiter Sitz im Gemeinderat: nebst dem Bisherigen Martin Steiner politisiert neu Susanne Schwarz in der Exekutive. In **Adelboden** feiert die EVP den Wiedereinzug in den Gemeinderat. René Müller-Oester erreicht mit 1140 Stimmen ein ausgezeichnetes Resultat.

Ihren Gemeinderatssitz verteidigt die EVP in **Jegenstorf** mit Jean-Claude Mäder, in **Konolfingen** mit Annelies Lehmann, in **Mühlethurnen** mit Melanie Beutler und in **Langnau** mit Andreas Jutzi (alle bisher). Im Grossen Gemeinderat von Langnau verliert die EVP ein Mandat. Die Bisherigen Christoph

Utiger, Beat Röthlisberger, Manuela Geissbühler und Martin Kohler werden wiedergewählt. Auch die EVP **Münsingen** hält den Gemeinderatssitz von Jakob Hasler sowie die drei Parlamentssitze: hier nehmen die Bisherigen Dieter Blatt und Werner Fuchser sowie neu Pfarrerin Verena Schär Einsitz.

Einen Sitz in der Exekutive verliert die EVP in **Frutigen**, trotz guten 19% Stimmenanteil. Neu wird Hans Peter Bach Gemeinderat, zusammen mit Dieter Rohrbach (bisher). Die EVP **Köniz** ist im verkleinerten Gemeinderat leider nicht mehr vertreten, behält aber drei Sitze im GGR: Neben den Bisherigen Rolf Zwahlen und Hermann Gysel sitzt neu \*jev-Mitglied Patrik Locher im Parlament.

# EVP LEICHT IM SINKFLUG

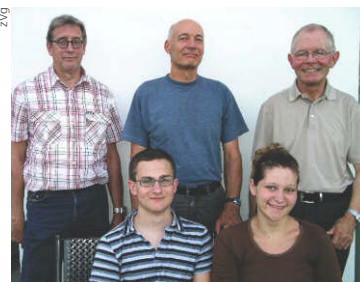
**Bei den Einwohnerratswahlen hat die EVP einen Dämpfer erlitten. Mit ein Grund ist die hohe Stimmbeteiligung anlässlich der Minarettinitiative.**

(nh). Die EVP ist in allen Aargauer Einwohnerräten vertreten, musste jedoch in fünf Gemeinden Verluste hinnehmen: Neue Gruppierungen haben ein ähnliches Wählersegment angesprochen, und in einigen Gemeinden war es schwierig, genügend EVP-Kandidierende zu finden. Die hohe Stimmbeteiligung vom 29. November hat es der EVP zudem nicht leicht gemacht: erfahrungsgemäss wird der Wahlerfolg von kleinen Parteien bei gut besuchten Urnengängen geschmälert, weil die Wählerinnen und Wähler, die sich nur wenig mit Politik befassen, jenen Parteien die Stimme geben, die sie von den grossen eidgenössischen Auseinandersetzungen her kennen.

In **Baden** wird Rahel Urech als Einwohnerrätin bestätigt. In **Obersiggenthal** hält die EVP zwei Sitze, gewählt werden Peter Frey (bisher) und Brigitte Schmid-Studer (neu). In **Wettingen** verteidigt die EVP drei Mandate im Einwohnerrat. Gewählt sind Marie Louise Reinert-Brügger, Andreas Rufener (beide bisher) und Helen Suter-Schmid (neu). Auch im **Zofinger** Einwohnerrat ist die EVP weiterhin mit drei Sitzen vertreten. Einsitz nehmen mit Miriam Ruf-Eppler und Anita Bolliger (beide bisher) und Barbara Bättig-Kipfer (neu) drei Frauen. Die EVP **Windisch** ist auch künftig mit vier Sitzen im Parlament vertreten: gewählt wer-

# EVP NEU AUCH IN SCHWYZ

(nh). Bereits Ende August 2009 wurde mit der EVP Kanton Schwyz die 17. Kantonssektion der EVP gegründet. Sie zählt rund dreissig Mitglieder und wird präsidiert von Hans-Ruedi Minder aus Richterswil. Er wird im Vorstand unterstützt von Manuel Bamert aus Galgenen (Aktuar), Roland Steinberger aus Gersau (Kassier), Karin Meier aus Einsiedeln, Kenrick Rauchenstein aus Lachen und Georg Boller aus Rickenbach. Die EVP heisst das jüngste Mitglied in ihrer Familie herzlich willkommen!



Der Vorstand der EVP SZ.

den Ruedi Kumin, Mathias Richner, Martin Schibli und Madeleine Nater (alle bisher).

Je einen Sitz verloren hat die EVP in den Einwohnerräten von Aarau, Brugg, Buchs, Lenzburg und Wohlen. In **Aarau** ist die EVP mit den beiden Bisherigen Therese Dietiker und Ursus Waldmeier im Parlament vertreten. In **Brugg** werden gewählt: Susanne Baumgartner-Dittrich, Johannes Gerber-Graf, Urs Holliger-Endter und Konrad Zehnder-Wagner (alle bisher). Die EVP **Buchs** nimmt mit Walter Wyler, Martin Gysi (beide bisher) und Maja Frey (neu) Einsitz im Parlament, während in **Lenzburg** die Bisherigen Myriam Schläpfer, Daniel Frey und Marcel Spörri wiedergewählt werden. In **Wohlen** ist die EVP schliesslich noch mit Johannes Siebenmann (bisher) im Einwohnerrat vertreten.

A.Z.B.  
3000 Bern 7

Adressberichtigung melden



## OFFENE TÜREN IM EVP-SEKRETARIAT

(nh). Die EVP hat am 5. Dezember 2009 zu einem Tag der offenen Tür im neuen Generalsekretariat eingeladen. Über 100 Besucherinnen und Besucher nahmen die Räumlichkeiten in Augenschein, plauderten mit den Mitarbeitenden oder besprachen anlässlich des Besuchs manches EVP-Anliegen. Dieser Ansturm hat uns positiv überrascht. Unsere Bildcollage zeigt Impressionen vom «Nachmittag des offenen Parteisekretariates.» Anschliessend

fand im gleichen Gebäude ein Sponsorenessen für all jene statt, die sich beim Club1000 beteiligt haben. Rund 30 Personen (inkl. Ehepartner) nahmen daran teil. Sehr gut besucht war mit 400 Gästen auch das Konzert mit dem Gospelchor «Shelomith», welches die EVP am Abend im angrenzenden EGW Bern-Zentrum organisiert hat.

Selbstverständlich sind Besucherinnen und Besucher auch ausserhalb eines offiziellen «Tag der offe-

nen Tür» im Generalsekretariat herzlich willkommen. Wollen Sie eine bestimmte Person sprechen, ist eine Voranmeldung indessen unabdingbar. Für das Team der EVP Schweiz bewähren sich die neuen Räume. Der Umzug ist verdaut, die Technik eingerichtet und die neuen Abläufe spielen sich ein. So sind wir gut gerüstet für die anstehenden Vorbereitungen zum Nationalratswahljahr 2011. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

### EINLADUNG ZUR DELEGIERTENVERSAMMLUNG

Einladung zur 91. ordentlichen DV der EVP Schweiz am Samstag, 20. März 2010, 10.30 bis 16.00 Uhr im Salle des sociétés in Môtier.

- TOP 1 Eröffnung der Tagung durch den Parteipräsidenten
- TOP 2 Besinnliche Einleitung
- TOP 3 Grussworte
- TOP 4 Wahl der Stimmzähler (Protokollprüfer)
- TOP 5 Abstimmungsvorlagen  
Mittagessen
- TOP 6 Bericht über die politische Lage (Parteipräsident Heiner Studer)
- TOP 7 Bericht über das Parteilieben (Generalsekretär Joel Blunier)
- TOP 8 Zentralkasse: Jahresrechnung 2009 (Finanzchef Beat Monhart)
- TOP 9 Zentralkasse: Voranschlag und Zentralbeitrag 2011
- TOP 10 Schlusswort des Parteipräsidenten

Ich melde mich für die DV vom 20. März 2010 an.  
Mittagessen: mit ohne vergünstigt (für \*jevvp-Mitglieder)

Name, Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse, Nummer: \_\_\_\_\_

PLZ und Ort: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Einsenden bis am 15. März 2010 an: EVP Schweiz, Postfach, 3000 Bern 7

\*JEVP

### Nachwuchsförderung

Die \*jevvp plant ab August eine Kaderschmiede mit dem Ziel, jungen Nationalratskandidaten die Möglichkeit zu geben, sich auf den Wahlkampf vorzubereiten. Vorgesehen sind verschiedene Schulungsanlässe zu Themen wie z.B. Politik im Allgemeinen, Wahlkampf, Medien oder persönliche Kernthemen. Die \*jevvp setzt dabei gemäss Co-Präsidentin Sara Fritz auf Mentoring: «Dabei unterstützen erfahrene EVP-PolitikerInnen Nationalratskandidierende der \*jevvp bei ihren ersten Wahlkampfereignissen. Ich bin sicher, dass das für beide Seiten ein wertvoller Austausch sein wird.» Weitere Infos gibt es bald auf [www.jevvp.ch](http://www.jevvp.ch).